

Antworten der SPD zum Fragenkatalog der Initiative „pro AGB-Recht“

zu Fragen 1 - 3:

Wir sehen den Vorschlag der EU-Kommission für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (GEK) aus vielen Gründen kritisch. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eine entsprechende kritische Entschließung zum Vorschlag der Kommission gefasst (Drs. 17(6)152). Auch die SPD sieht die Gefahr, dass durch den Vorschlag eher Rechtsunsicherheit gefördert als verhindert wird. Den Vorschlag in der jetzigen Fassung lehnen wir umfänglich ab.

Die SPD teilt die Ansicht der Initiative „pro AGB-Recht“, dass das AGB-Recht einen interessen-gerechten Ausgleich für alle Teilnehmer am Rechtsverkehr bietet und sich bewährt hat. Eine Aufweichung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen auch im Rahmen eines mögli-chen Gemeinsamen EU-Kaufrechts werden wir verhindern.